

## **Entscheidungsvorschläge zu Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren**

**BEZEICHNUNG DER MAßNAHME:**      **Bebauungsplan Nr. 254/II „Nördlich Herzogstraße“, Stadt Papenburg, Stadtteil Herbrum**

**VERFAHRENSGANG:**                      **Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

1.    Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, Osnabrück vom 12.05.2022
2.    Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, Meppen vom 28.04.2022
3.    Avacon Netz GmbH / PurenaGmbH /WEVG GmbH vom 02.05.2022
4.    Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Hannover vom 17.05.2022
5.    Tennet TSO GmbH, Lehrte vom 03.05.2022
6.    Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Aschendorf vom 05.05.2022
7.    Forstamt Weser-Ems, Osnabrück vom 05.05.2022
8.    Polizeiinspektion Emsland / Grafschaft Bentheim vom 28.04.2022

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben Bedenken  
oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

**1. Stellungnahme: Landkreis Emsland, Meppen**  
**Datum: 18.05.2022**

**Inhalt**

Zum Entwurf der o.g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

**Naturschutz und Forsten**

Die naturschutzfachlichen Belange werden den rechtlichen Vorgaben und Bestimmungen entsprechend berücksichtigt und abgehandelt.

Aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege bleibt dennoch festzuhalten, dass durch die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes eine offene bzw. unversiegelte Grundfläche in Anspruch genommen und einer anthropogenen Nutzung als Wohnbaufläche zugeführt wird, d.h. die Grundfläche wird in ihrer Gestalt und Nutzung verändert und geht für Natur und Landschaft dauerhaft verloren. Sie steht den Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum, Brut- und Nahrungshabitat oder Rückzugsgebiet nicht mehr zur Verfügung. Die randlichen Gehölzstrukturen erfahren zudem eine Beeinträchtigung, da sie ihre Funktionen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild (Lärm- und Schadstoffimmissionen, Einengung etc.) nicht mehr in vollem Umfang erfüllen können und Wechselbeziehungen zu benachbarten Biototypen empfindlich gestört oder gar unterbrochen werden.

Durch die zusätzliche Versiegelung einer offenen Grundfläche lassen sich erhebliche Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes nicht ausschließen. Die Veränderung der Gestalt und Nutzung der Grundfläche werden aus naturschutzfachlicher Sicht demzufolge als grds. erheblich betrachtet.

Die entstehenden Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und des Landschaftsbildes sind aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege so zu behandeln,

**Entscheidungsvorschlag:**

Zur Kenntnisnahme.

Das Plangebiet ist randlich teilweise von Wohnbaunutzungen arrondiert und die Fläche selbst wird intensiv landwirtschaftlich genutzt.

Aufgrund der geplanten Nutzung zur Schaffung von Wohnraum und der Plangebietsgröße hat die Stadt Papenburg ursprünglich beschlossen das Verfahren gemäß § 13b BauGB –Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigt Verfahren – durchzuführen. Mitte 2023 stellte das Bundesverwaltungsgericht fest, dass das Absehen von der Umweltprüfung im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplänen gem. § 13b gegen die Richtlinie über die strategische Umweltprüfung (SUP-Richtlinie) verstößt (BVerwG, Urt. V. 18.07.2023, Az. 4 CN 3.22). Daher hat sich die Stadt Papenburg entschieden, diese Bauleitplanung in einem ordentlichen Verfahren fortzuführen. So wurde die Begründung um einen Umweltbericht inkl. Eingriffsbilanzierung und Kompensationskonzept beigefügt.

Durch die textliche Festsetzung zum Pflanzgebot auf den Baugrundstücken und der örtlichen Bauvorschrift/der Hinweise zur Nutzung der Vorgartenbereiche und Einfriedung des Grundstückes durch Heckenanpflanzungen, wird der durch die Planung bedingte Eingriff in Natur und

dass sich die Beeinträchtigungen unterhalb der sog. Erheblichkeitsschwelle bewegen bzw. dass keine erheblichen Beeinträchtigungen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zurückbleiben. Durch das Schaffen gleichwertiger Lebensräume und Biotoptypen ist dem dauerhaften Verlust der o.g. Lebensräume und Standorte Tier- und Pflanzenarten unbedingt entgegenzuwirken. Im Sinne des Artenschutzes, einer funktionstüchtigen und ökologisch wertvollen Ortsdurchgrünung (Kleinklima etc.) und der Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität sind die Beeinträchtigungen durch das Schaffen heimischer standortgerechter Grünstrukturen (z.B. Obst- und/oder Laubgehölze) aufzufangen.

#### Artenschutzrechtliche Belange:

Ungeachtet der baurechtlichen Beurteilung bedürfen die artenschutzrechtlichen Belange immer einer Betrachtung.

Das Plangebiet grenzt lediglich an der Südseite an eine vorhandene Wohnbebauung. Die Wohnbebauung umfasst dabei lediglich vier Wohnbaugrundstücke. Nach Westen, Osten und Norden öffnet sich dagegen die freie und offene Landschaft, die hier Überwiegend durch landwirtschaftliche Nutzungsformen gekennzeichnet ist. Neben der landwirtschaftlichen Nutzung sind jedoch auch landschaftsanreichernde und -gliedernde Grünstrukturen wie Windschutzstreifen, Feldgehölze, kleinere Waldflächen, Baumreihen oder Einzelbäume anzutreffen. An der Nord-, Ost- und Westseite grenzen oben beschriebene Grünstrukturen unmittelbar an das Plangebiet an.

Da eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG durch die Bauleitplanung nicht ausgeschlossen werden kann, ist nachzuweisen, dass Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote nicht eintreten. Hierfür ist eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) erforderlich. Dabei sind Datengrundlagen zu verwenden, die belastbar und nicht älter als fünf Jahre sind und die das zu erwartende Artenspektrum hinsichtlich Erfassungstiefe und -zeitraum ausreichend abbilden. Dies gilt insbesondere für Fledermäuse und für die Avifauna.

Aufgrund der Lage, der Größe und der Beschaffenheit des Plangebietes ist eine vollumfängliche saP nicht erforderlich. Die Zahl der Begehungen kann von acht auf vier reduziert werden.

Landschaft minimiert. Zudem hält die Stadt Papenburg auf der Basis der Eingriffsbilanzierung die hier ermittelten Werteinheiten aus ihrem Öko-Konto bereit.

Die Stadt Papenburg hat für den Betrachtungsraum eine spezielle Artenschutzrechtliche Prüfung auf der Basis methodischer faunistischer Erfassungen mit Schwerpunkt Brutvögel erarbeiten lassen. Die Ergebnisse wurden in die Begründung und den Umweltbericht eingepflegt.

<p><b><u>Brandschutz</u></b></p> <p>Gegen die genannte Bauleitplanung bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken, wenn die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes bei der Ausführung wie folgt beachtet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Für sämtliche geplanten Maßnahmen ist die Löschwasserversorgung gemäß Arbeitsblatt W 405 zu beachten.</li> <li>• Die Vorgaben der §§ 1 und 2 DVO-NBau0 sind zu beachten und umzusetzen.</li> <li>• Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.</li> </ul>	<p>Die Belange des Brandschutzes wurden bereits in die offengelegten Unterlagen als Hinweis eingestellt.</p>
<p><b>2. Stellungnahme: LGLN Regionaldirektion Hameln – Hannover, Hannover</b>  <b>Datum: 09.05.2022</b></p> <p><b><u>Inhalt</u></b></p> <p>Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage):</p> <p><u>Empfehlung: Luftbildauswertung</u></p> <p><b><u>Fläche A</u></b></p> <p><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.</p> <p><i>Luftbildauswertung:</i> Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt.</p> <p><i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt.</p> <p><i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt.</p> <p><i>Belastung:</i> Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p>In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Die Stadt Papenburg hat eine Luftbildauswertung beauftragt. Das Ergebnis ist in die Begründung eingestellt worden. Ergänzend wurde in die Planunterlagen ein Hinweis auf den allgemeinen Verdacht von Kampfmittel im Plangebiet eingestellt.</p>

<p><b>3. Stellungnahme: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn</b>  <b>Datum: 03.05.2022</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u>          Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.</p> <p>Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich gem. meiner Unterlagen in einem Jettieffflugkorridor. Es wird darauf hingewiesen, dass Beschwerden und Ersatzansprüche, die sich auf die vom Flugplatz / Flugbetrieb ausgehenden Emissionen wie Fluglärm etc. beziehen, nicht anerkannt werden.</p> <p>Evtl. Antworten/Rückfragen senden Sie bitte unter Verwendung unseres Zeichens K-II-0574-22-BBP ausschließlich an folgende Adresse:</p> <p>BAIUDBwToeB@bundeswehr.org</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Der Hinweis auf die Lage des Plangebietes in einem Jettieffflugkorridor und damit bedingte nicht vermeidbare Lärmemissionen wird als Hinweis in die Bauleitplanunterlagen eingestellt.</p>
<p><b>4. Stellungnahme: Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Hannover</b>  <b>Datum: 05.05.2022</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u>          In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p><u><b>Hinweise</b></u>          Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen / -untersuchungen</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Die Stadt wird die Bauwilligen bezüglich der Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver verweisen. In den Bauleitplanunterlagen ist bereits ein Hinweis auf die Erstellung entsprechender Baugrundgutachten, unter Verwendung und Beachtung der neben genannten Normen, enthalten</p>

<p>sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>Ob im Vorhabensgebiet eine Erlaubnis gem. § 7 BBergG oder eine Bewilligung gem. § 8 BBergG erteilt und/oder ein Bergwerkseigentum gem. §§ 9 und 149 BBergG verliehen bzw. aufrecht erhalten wurde, können Sie dem NIBIS-Kartenserver entnehmen. Wir bitten Sie, den dort genannten Berechtigungsinhaber ggf. am Verfahren zu beteiligen. Rückfragen zu diesem Thema richten Sie bitte direkt an <a href="mailto:markscheiderei@lbeg.niedersachsen.de">markscheiderei@lbeg.niedersachsen.de</a>.</p> <p>Informationen über möglicherweise vorhandene Salzabbaugerechtigkeiten finden Sie unter <a href="http://ww-w.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte_Rechte">ww-w.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte_Rechte</a>.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p><b>5. Stellungnahme: EWE-Netz GmbH, Oldenburg</b> <b>Datum: 03.05.2022</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u> Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Cage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die Versorgungsleitungen und -anlagen bleiben soweit möglich in ihrem Bestand erhalten und werden bei der Planung beachtet. Eventuelle</p>

anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Das Erdgashochdrucknetz kann durch Näherung Ihrer Baumaßnahme beeinflusst werden. Hierfür setzen Sie sich bitte per E-Mail mit unserer zuständigen Fachabteilung: NOFNetztechnikGW@ewe-netz.de in Verbindung.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizität- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6,0 m x 4,0 m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o.a.) verzichtet werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Umlegungen von Leitungstrassen oder technischen Anlagen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt.

Die Stadt Papenburg wird im Zuge der Erschließungsarbeiten mit der zuständigen Fachabteilung der EWE rechtzeitig Kontakt aufnehmen.

Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen (z.B. im Zusammenhang mit der Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes für eine ggf. notwendig werdende Trafostation). Bestandspläne der Versorgungsunternehmen werden bei der Planung beachtet.

Die EWE wird darüber informiert, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o.a.) verzichtet werden soll.

Die Kostenregelung erfolgt gemäß den aktuellen Verträgen zwischen der Kommune und dem Versorgungsunternehmen.

Zur Kenntnisnahme.

Das Versorgungsunternehmen wird gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am weiteren Bauleitplanverfahren beteiligt. Zudem werden die Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Baubeginn in die Maßnahme vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen.

<p>Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite:</p> <p><a href="https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen">https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen</a>.</p> <p>Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Claudia Vahl unter der folgenden Rufnummer: 0441 4808-2308.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p><b>6. Stellungnahme: Glasfaser Nordwest, Oldenburg</b>  <b>Datum: 02.05.2022</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u></p> <p>Vielen Dank, dass Sie uns Informationen zu diesem Neubaugebiet gesendet haben. Wir freuen uns, dass Sie sich für einen Ausbau von moderner FTTH-Glasfaserinfrastruktur durch unser Unternehmen interessieren.</p> <p>Um eine Bewertung durchführen zu können, ob dieses Neubaugebiet von Glasfaser Nordwest mit FTTH erschlossen werden kann, benötigen wir einige weitere Informationen. Bitte nutzen Sie zur Übermittlung der Informationen dieses Formular (Link zu <a href="https://glasfaser-nordwest.de/neubaugebiet/einfuegen">https://glasfaser-nordwest.de/neubaugebiet/einfuegen</a>) auf unserer Website und laden dort einen aussagekräftigen B-Plan hoch. Anfragen per E-Mail können wir leider nicht bearbeiten.</p> <p>Bitte beachten Sie: Glasfaser Nordwest übernimmt den eigenwirtschaftlichen FTTH-Ausbau in unserer Region und bezieht keine Fördergelder von Bund, Ländern oder Kommunen. Das bedeutet, dass wir ausschließlich Neubaugebiete mit Glasfaser versorgen können, bei denen eine wirtschaftliche Umsetzung des Projektes möglich ist. Meist ist entscheidend, ob wir in unmittelbarer Nähe Bestandsnetze haben, an die ein Neubaugebiet angebunden werden kann.</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Die Stadt Papenburg wird sich bezüglich der Versorgung des Gebietes mit Glasfaserinfrastruktur rechtzeitig in Verbindung setzen.</p>



<p>Nach der Prüfung werden wir Sie umgehend kontaktieren. Dieser Vorgang dauert in der Regel 14 Tage.</p>	
<p><b>7. Stellungnahme: Deutsche Telekom Technik GmbH NI Nord Rs PTI12, Osnabrück</b>  <b>Datum: 05.05.2022</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u></p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Die Telekom wird die Voraussetzungen zur Errichtung eigener TK-Linien im Baugebiet prüfen. Je nach Ausgang dieser Prüfung wird die Telekom eine Ausbauentscheidung treffen. Vor diesem Hintergrund behält sich die Telekom vor, bei einem bereits bestehenden oder geplanten Ausbau einer TK-Infrastruktur durch einen anderen Anbieter auf die Errichtung eines eigenen Netzes zu verzichten</p> <p>Wir bitten Sie, in den Hinweisen des Bebauungsplanes folgende Forderung entsprechend § 77k Abs. 4 Telekommunikationsgesetz aufzunehmen:</p> <p>Neu errichtete Gebäude, die über Anschlüsse für Endnutzer von Telekommunikationsdienstleistungen verfügen sollen, sind gebäudeintern bis zu den Netzabschlusspunkten mit hochgeschwindigkeitsfähigen passiven Netzinfrastrukturen (Leerrohre, §3 Abs. 17b TKG) sowie einem Zugangspunkt zu diesen passiven gebäudeinternen Netzkomponenten auszustatten."</p> <p>Wir bitten Sie, Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens drei Monate vor Baubeginn, schriftlich anzuzeigen und bitten Sie, uns zu der Baubesprechung mit den Versorgungsbetrieben einzuladen.</p> <p>Wir sind dann gerne bereit einen Mitarbeiter zu der Besprechung zu entsenden.</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Der Hinweis entsprechend § 77k Abs. 4 Telekommunikationsgesetz wurde bereits als Hinweis in die offengelegten Bauleitplanunterlagen eingestellt.</p> <p>Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen. Bestandspläne der Versorgungsunternehmen werden bei der Planung beachtet.</p>

<p>Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen.</p> <p>mailto:T-NL-N-PTI-12-Planungsanzeigen@telekom.de</p>	
<p><b>8. Stellungnahme: Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Referat Archäologie, Oldenburg</b>  <b>Datum: 12.05.2022</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u>  Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu o.g. Planungen folgende Anregungen vorgetragen:</p> <p>Aus dem Plangebiet sind nach unserem derzeitigen Kenntnisstand keine archäologischen Funde und Befunde bekannt. Da die Mehrzahl archäologischer Funde und Befunde jedoch obertagig nicht sichtbar sind, können sie auch nie ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden nach §14 NDSchG ist aufgrund einer Stellungnahme vom 31.07.2014 bereits in den Planungsunterlagen enthalten.</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p><b>9. Stellungnahme: Wasserverband Hümmling, Werlte</b>  <b>Datum: 16.05.2022</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u>  Gegen die o.g. vorgesehene Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Es ist aber zur trinkwasserseitigen Erschließung des Plangebietes und zur späteren Überwachung und Wartung des Rohrleitungsnetzes erforderlich, seitens des Maßnahmenträgers im öffentlichen Verkehrsraum entlang der Straßen des Plangebietes einseitig und im Wendehammerbereich umlaufend einen Streifen mit einer Breite von rd. 1,25 m zur Verfügung gestellt zu bekommen, der frei von Baumbepflanzungen und Befestigungen ist. Soweit eine Oberflächenbefestigung des Leitungsstreifens dennoch vorgesehen ist, ist ein wiederverwendbarer Platten- oder Pflasterbelag zu wählen (kein Asphalt).</p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Bei Ausbaumaßnahmen wird darauf geachtet, dass parallel zu den Verkehrsstrassen ein ausreichender Seitenraum in einer Breite von mindestens 1,25 m ohne schwere Oberflächenbefestigung und Anpflanzungen vorgesehen wird.</p>

<p>Bei der Durchführung von Ersatz- und Kompensationsmaßnahmen für den Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist ein Mindestabstand von 2,5 m zu vorhandenen und geplanten Wasserleitungen insbesondere mit Baumbepflanzungen einzuhalten. Auf das DVGW-Arbeitsblatt GW 125 wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.</p> <p>Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung sind aus Sicht des Verbandes keine Anmerkungen zu machen.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p><b>10. Stellungnahme: Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Hannover</b> <b>Datum: 17.05.2022</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u></p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen.</p> <p>Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TDRC-N.Bremen@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können</p> <p>Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind.</p> <p>Anlagen: Lageplan(-pläne)</p> <p>Weiterführende Dokumente: <u>Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH</u> <u>Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH</u> <u>Zeichenerklärung Vodafone GmbH</u> <u>Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH</u></p>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Die Versorgungsleitungen und -anlagen bleiben soweit möglich in ihrem Bestand erhalten und werden bei der Planung beachtet. Eventuelle Umlegungen von Leitungstrassen oder technischen Anlagen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt.</p> <p>Die erforderlichen Schutzabstände und Sicherheitsbestimmungen bei Arbeiten in der Nähe von Leitungstrassen oder technischen Anlagen werden in Abstimmung mit dem Inhaber der Leitungsrechte beachtet.</p> <p>Die Kostenregelung erfolgt gemäß den aktuellen Verträgen zwischen der Kommune und dem Versorgungsunternehmen.</p>

**VERFAHRENSGANG:**      **Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**

Von der Öffentlichkeit wurden nachfolgend aufgeführte Bedenken oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

Die Dokumentation der privaten Einwendungen dient der Berücksichtigung von gleichlautenden Stellungnahmen die von verschiedenen Einwender\*Innen abgegeben wurden. Die Adressen und Namen der Einwender\*Innen können der als Anlage zur Synopse beigefügten Adressenliste entnommen werden. Die Einwender\*innen werden unter Verwendung der nachfolgenden Unterlage über die Entscheidungsvorschläge des Rates zu den Einwendungen informiert.

<p><b>1. Stellungnahme: Herr Christian Kremer, Herbrum (Ortsvorsteher)</b>  <b>Datum: 16.07.2021</b></p> <p><u><b>Inhalt</b></u>  <b>Anregungen der Anwohnerschaft</b>  Der Kämpestraße, Herzogstraße und zum Eichengrund</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Städtischen Einzelbaum-Bestand entlang der Kämpestraße ins Auge nehmen und im Hinblick auf Grundstückszuschnitte und Zufahrtmöglichkeiten untersuchen; gegebenenfalls Erhaltungsgebote festsetzen.</li> <li>– Bitte Zufahrtmöglichkeit auch für PKW von der Kämpestraße vorsehen. Das würde erheblichen PKW-Verkehr innerhalb des Baugebiets wie auch vom südlichen Teil der Kämpestraße und anteilig der Herzogstraße im Bereich des bestehenden und zukünftigen Baugebiets reduzieren. Das Risiko von Durchgangsverkehr wird als absolut gering eingestuft.</li> </ul>	<p><b>Entscheidungsvorschlag:</b></p> <p>Die neben genannten Einzelbäume befinden sich auf öffentlichen Grund und Boden und außerhalb des Geltungsbereiches des vorliegenden Bebauungsplans. Eine Beseitigung ist nur in Abstimmung mit der Stadt Papenburg unter Beachtung der Baumschutzsatzung zulässig.</p> <p>Eine gesonderte Festsetzung der Einzelbäume hält die Stadt aus den vorgenannten Gründen für nicht erforderlich.</p> <p>Wie aus der Planzeichnung zu ersehen wurde eine 5,3 m breite öffentliche Straßenverkehrsfläche zur Anbindung des Plangebietes an die Kämpestraße festgesetzt. Die nebenstehenden Hinweise wurden somit bei der Planung beachtet.</p>
---	--

## 2. Stellungnahme: Einwender\*innen 1-13

Datum: 16.05.2022

### Inhalt

Ich bin Anwohner der Straße "Im Eichengrund" in Herbrum.

Ich bin der Ansicht, dass es nicht notwendig ist, eine Zufahrt zum neuen Neugebiet durch die Straße "Im Eichengrund" zu planen. Ich glaube nicht, dass der Verkehr in der neuen Siedlung dadurch entlastet wird. Eher passiert es, dass die Anwohner von der Straße "Im Eichengrund" durch die neue Siedlung fahren, um schneller auf die Kämpestraße und somit in Richtung Aschendorf und Papenburg fahren zu können und umgekehrt Anwohner der neuen Siedlung durch die Straße "Im Eichengrund" fahren, wenn sie in die andere Richtung möchten. In der Straße "Im Eichengrund" stehen 17 Häuser und da ist eine zweite Zufahrt nicht notwendig, um dem Verkehr zu entlasten. Das gleiche würde meiner Ansicht nach für das neue Baugebiet auch gelten.

Ich bin der Auffassung, dass die Anwohner beider Baugebiete mehr davon haben, wenn jedes Baugebiet seine eigene Zufahrt hat. "Im Eichengrund" von der Herzogstraße und das "neue Baugebiet" von der Kämpestraße. Und zwischen den beiden Baugebieten nur die Durchfahrt für Fahrräder und Fußgänger besteht, mit einem Polter mitten auf der Straße. So wie es z.B. in der Straße "Am Sportplatz" in Herbrum auch der Fall ist.

### Entscheidungsvorschlag:

Die Stadt Papenburg hält weiter an der verkehrlichen Planung mit der Herstellung einer Verbindung zur Straße „Im Eichengrund“ und zur „Kämpestraße“ fest.

Die beiden Anbindungen dienen der Entzerrung der im Plangebiet erzeugten Verkehrsströme und tragen somit zur Steigerung der Verkehrssicherheit bei. Zusätzlich soll die Zufahrt zur „Kämpestraße“ als Grundlage zur Anbindung zukünftiger Erweiterungsflächen des Baugebietes dienen.

Aufgestellt:  
 Papenburg, 13.03.2024  
 Ing.-Büro W. Grote GmbH